

Positionspapier der
Bundesschülervertretung 2019/20



Vorworte

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die österreichische Bundesschülervertretung, sind die gesetzlich verankerte und überschulische Vertretung von allen 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern.

Mitbestimmung im Bildungswesen ist uns ein großes Anliegen. Deshalb bieten wir allen Interessierten durch die sogenannten SchülerInnenparlamente und andere Workshops die Möglichkeit, unsere Arbeit und Positionierung mitzugestalten.

In den folgenden Forderungen befindet sich ein Überblick über wichtige Reformvorschläge für Österreichs Bildungslandschaft. Forderungen, die uns Schülerinnen und Schülern am Herzen liegen und unsere Zukunft bestimmen werden.

Als Interessensvertretung ist es unser Ziel, alles für unser Bildungssystem zu geben und unsere Forderungen umzusetzen, damit unsere Schule Stück für Stück besser wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Jennifer Uzodike

Bundesschulsprecherin

Partizipation

Mehr Mitbestimmung der Bundesschülervertretung

Mit 1,1 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten unseres Bildungssystems ist Österreichs Schülerschaft die mit Abstand größte Personengruppe im bildungspolitischen Umfeld. Trotzdem wird die Meinung der Schülerinnen und Schüler bei bildungspolitischen Fragen kaum gehört und oft ignoriert. Auch wir, die Bundesschülervertretung, werden bei Entscheidungsprozessen oft außen vorgelassen und können somit die Interessen unserer Schülerschaft nicht einbringen. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Die Einbindung der Bundesschülervertretung in Gremien wie zum Beispiel die Bildungsreformkommission, in der bildungspolitische Entscheidungsprozesse stattfinden

Unabhängigkeit der Bundesschülervertretung

Momentan ist es uns als Bundesschülervertretung nicht möglich, eigenständig unsere Homepage zu verwalten, geschweige denn selbstständig Pressekonferenzen zu veranstalten oder unabhängige Aussendungen zu machen. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Keine Bevormundung der Bundesschülervertretung durch das Ministerium in diesen drei Bereichen

Schulautonomie

Unser Schulsystem ist von einer hierarchischen Struktur beherrscht: Bundesministerium – Landesschulrat/Bildungsdirektion – Schulstandort. Für die einzelne Schule, die autonom Konzepte umsetzen möchte, gibt es viele Hindernisse. Zu wenige Direktorinnen und Direktoren und zu wenige Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich direkt verantwortlich für die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler ihrer Schule. Der Trend in vielen OECD--Mitgliedsstaaten geht sehr erfolgreich in die andere Richtung und Österreich muss auf diesen Zug aufspringen. Den Schulstandorten müssen mehr Kompetenzen und mehr Verantwortung zugesprochen werden, zwischen den Schulen muss Wettbewerb stattfinden dürfen und das schuleigene Engagement muss steigen. Direktorinnen und Direktoren müssen in Zukunft ihre Schulen, wie Managerinnen und Manager ihre Unternehmen, verwalten können. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Personelle Autonomie
 - o Bestellung von Lehrpersonal durch die Direktion und Schulpartner

o Schulautonomes Kündigen von Lehrpersonal

- Finanzielle Autonomie
 - o Eine Schule muss frei über ihr Budget verfügen können.
- Pädagogische Autonomie
 - o Einem Schulstandort muss es möglich sein, nach regionalen Gegebenheiten den Lehrplan eigenständig, unter Erfüllung von Bildungsstandards, anzupassen.
- Einführung eines flächendeckenden Schulstandortplanes

Beurteilung und Prüfung

Zentralmatura

Die neue Reifeprüfung wurde im Schuljahr 2014/15 an allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen durchgeführt und im Schuljahr 2015/16 wurde diese auch an allen Berufsbildenden Höheren Schulen abgewickelt.

VWA Einreichplattformen, die zum Einreichtermin nicht funktionieren, ständig wechselnde Rahmenbedingungen und viel zu wenige Vorbereitungsstunden sind nur drei von vielen Problemen, die in der Vorbereitungsphase der neuen Reifeprüfung aufgetreten sind und sich in Zukunft keinesfalls wiederholen dürfen. Sowohl das Ministerium als auch alle anderen Beteiligten stehen in der Pflicht, gemeinsam an einem Strang für die bestmögliche Ausbildung für Schülerinnen und Schüler zu ziehen. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Eine im selben Prüfungsformat abgewickelte Matura, wie es Schülerinnen und Schüler von Tests und Schularbeiten gewohnt sind.
- Das Entgegenkommen des Ministeriums und die rasche Umsetzung bei in der Bundesreifeprüfungskommission aufgezeigten Notwendigkeiten.

- Die zentrale Korrektur der schriftlichen Arbeiten durch unbeteiligte Dritte, um Fairness und Objektivität bei der Notengebung gewährleisten zu können.
- Die Zurücksetzung der Vorbereitungsstunden auf die ursprüngliche Stundenanzahl (viermal die Wochenstundenanzahl im Abschlussjahr)

Konkretisierung der Leistungsbeurteilungsverordnung

Derzeit ist die Leistungsbeurteilungsverordnung (LBVO) sehr ungenau ausgelegt und lässt sehr viel Raum für Interpretationen. Mithilfe der LBVO ist es sehr schwer, die Leistung einer Schülerin oder eines Schülers zu beurteilen. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Die Konkretisierung der LBVO, um den Interpretationsspielraum in dieser zu minimieren und somit möglichen Konflikten vorzubeugen.
- Einbindung aller Schulpartner in den oberhalb geforderten Prozess

Unterricht

Feedbackkultur

In unserer Schule werden unsere Leistungen laufend mit Noten zwischen "1" und "5" bewertet, Ziffern, die eine subjektive Wahrnehmung einer einzelnen Person, unserer Lehrkraft, widerspiegeln, aber wenig Auskunft über unsere tatsächliche Arbeit im Unterricht geben. In den Schulen wird momentan nur der Schüler vom Lehrer beurteilt; der Lehrperson wird aber durch die Rahmenbedingungen nur selten oder oft gar nicht die Möglichkeit geboten, ihren Unterricht weiterzuentwickeln und laufend zu verbessern. Auch Schülerinnen und Schüler bekommen nur selten gesagt, was sie gut oder schlecht machen und wo sie noch an sich arbeiten können. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung: Die Ausarbeitung und Umsetzung des 360 Grad Feedbacks mit folgenden Kriterien:

Feedbackkultur in der Schule

Damit Feedback auch Sinn macht, ist es notwendig, dass Schülerinnen und Schüler wissen, wie man Feedback gibt. Denn nur konstruktives Feedback kann tatsächlich den Beitrag leisten, den Unterricht nachhaltig zu verbessern. Deshalb muss das richtige Geben und Nehmen von Feedback im Zuge des Unterrichts vermittelt werden.

Altersadäquates Feedback

Feedback kann und soll in allen Schulstufen und Schulformen gegeben werden. Dafür ist es notwendig, dass die Form des Feedbacks vor allem an die verschiedenen Anforderungen des Alters angepasst wird. Denn es ist klar, dass ein Volksschüler eine andere Form von Feedback gibt als Schülerinnen und Schüler aus Maturaklassen.

Digitale Abwicklung des Feedbacks

Auch beim 360 Grad Feedback sollen, wie in allen Bereichen, die Vorteile der Digitalisierung genutzt werden. Deshalb fordern wir eine flächendeckende Umsetzung über eine zentralisierte digitale Feedbackplattform. So kann man verhindern, dass Feedbackbögen verloren gehen, die Auswertung fällt leichter und auch die Umwelt wird geschont.

Form des Feedbacks

Feedback geben kann auf den unterschiedlichsten Wegen erfolgen. Wichtig ist jedoch, dass man immer weiß, in welchen Bereichen welcher Verbesserungsbedarf herrscht. Daher ist es nicht sinnvoll, bei 360 Grad Feedback strikt Noten nach der Skala 1- 5 zu vergeben. Vielmehr soll in offenen Fragen erläutert werden, was im Unterricht schon gut läuft und in welchen Bereichen noch Luft nach oben besteht. So kann sich auch die Lehrkraft mitnehmen, wie der eigene Unterricht angepasst werden soll.

Anonymität

Schülerinnen und Schüler sollen ehrlich sagen können, was sie stört und mit welchen Aspekten sie nicht zufrieden sind. Dies funktioniert allerdings nicht, wenn man Angst haben muss, danach ein schlechtes Verhältnis zur Lehrerin oder zum Lehrer zu haben oder gar bestraft zu werden. Genau deswegen muss Feedback immer anonym vergeben werden, um sicherzustellen, dass jeder Schüler und jeder Schülerin immer zu 100 Prozent ehrlich sein kann.

Konsequenzen des Feedbacks

Das Feedback der Schülerinnen und Schüler soll den Lehrpersonen einen guten Überblick über ihre jeweiligen Stärken und Schwächen geben. Je nachdem wo die Lehrperson Stärken hat, sollen diese gefördert werden – zum Beispiel im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen, die im jeweiligen Bereich Schwächen aufweisen. Doch auch den evaluierten Schwächen soll die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden und das Feedback soll konstruktive und zielgerichtete Konsequenzen nach sich ziehen. Gespräche mit der Schulleitung und verpflichtende Fortbildungen bei negativem Feedback sollen dazu führen, die Unterrichtsqualität zu verbessern.

Online - Schulfeedback

Feedbackkultur ist uns ein großes Anliegen. Um auch den Schülerinnen und Schülern, den Lehrpersonen und den Eltern die Möglichkeit zu bieten, der Schule allgemein Feedback zu geben, fordern wir die Schaffung von anonymen Online-Feedback Möglichkeiten, die direkt an die Schulleitung gehen.

Politische Bildung

Seit 2015 gibt es einen neuen Grundsatzterlass, das Unterrichtsprinzip Politische Bildung in den Schulen. Mit diesem neuen Erlass wird nun im Zuge des Geschichtsunterrichtes in Form von Pflichtmodulen ab der sechsten Schulstufe der Schülerschaft Politik nähergebracht. Dieser neue Grundsatzterlass war ein großer Schritt in die richtige Richtung, jedoch finden diese Pflichtmodule im Geschichtsunterricht zu wenig Platz, da das Ausmaß des Lehrstoffes für solch ein Stundenpensum zu groß ist. Für junge Menschen ist es wichtig, dass Abläufe der Demokratie veranschaulicht werden und in weiterer Folge ein Verständnis für Politik geschaffen wird, bevor sie mit 16 wählen dürfen. Außerdem werden junge Leute gerade im Zeitalter der sogenannten „Fake News“ vor eine der größten Aufgaben gestellt, nämlich der, wahr von falsch zu unterscheiden. Daher muss man Schülerinnen und Schüler auch adäquat auf die Herausforderung der Digitalisierung vorbereiten. Denn „Wer nichts weiß, muss alles glauben“. Weil diese Behauptung nicht mehr auf Österreich zutreffen darf, fordert die Bundesschülervertretung:

- Politische Bildung und Medienkunde als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 7. Schulstufe.

Unterstützungspersonal

In Österreich übernehmen Lehrkräfte nicht nur die Aufgabe zu unterrichten, sondern sind nebenbei auch noch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Erzieherinnen und Erzieher und vieles mehr. Unter diesen Begebenheiten leidet die Unterrichtsqualität jedoch erheblich. Deshalb fordert die Bundeschülervertretung:

- Mehr Unterstützungspersonal an allen Schulstandorten.

Individuelle Förderung

Jede Schülerin und jeder Schüler hat unterschiedliche Talente und Potenziale. Unser Schulsystem muss auf jede Schülerin und jeden Schüler einzeln eingehen können. Kein Jugendlicher darf in der Masse untergehen. Essenziell ist die individuelle Betreuung im Unterricht und die Möglichkeit für den Schulstandort, zum Unterricht erweiternde Angebote zu schaffen. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Genug Ressourcen für jeden Schulstandort, um jede Schülerin und jeden Schüler individuell fördern und fordern zu können.
- Forcieren von Talentförderungsmodellen im Unterricht

SchülerInnenparlamente

Inzwischen sind SchülerInnenparlamente ein sehr wichtiges Werkzeug sowohl für die Schülervertretung an Schulen als auch im überschulischen Bereich geworden. Schülervertreterinnen und Schülervertreter treffen sich bei SchülerInnenparlamenten, um über bildungspolitische Themen zu diskutieren und um gemeinsam Ideen für eine bessere Schule auszuarbeiten. Im aktuellen Regierungsprogramm¹ hat sich die Bundesregierung bereits für eine Stärkung von SchülerInnenparlamenten ausgesprochen. Schülerinnen und Schüler sollen sich in Zukunft auf allen drei Ebenen, an der eigenen Schule, im Bundesland und auf Bundesebene, stärker mitbestimmen können. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Eine gesetzliche Verankerung und verpflichtende Durchführung von SchülerInnenparlamenten auf Landesebene, mindestens einmal pro Jahr.
- Die Unterstützung der Schülervertretung durch die jeweils zuständigen Ebenen (Landesregierungen, Bildungsdirektionen etc.) bei der Organisation des SchülerInnenparlaments.
- Die Schülervertretung hat das Recht, einmal pro Semester ein SchülerInnenparlament in der Schule abzuhalten.

- Eine verpflichtende Stellungnahme zu positiv abgestimmten Anträgen von Seiten der zuständigen Regierung (Landes- bzw. Bundesregierung)

Schulpartnerschaft

Für eine funktionierende Schule ist ein gutes Zusammenspiel zwischen den einzelnen Schulpartnern (Eltern, Schülerschaft, Lehrpersonen) essenziell. Obwohl die Schulpartner letztendlich die Betroffenen von Reformen im Bildungsbereich sind, werden sie in Entscheidungsprozesse viel zu selten eingebunden. Eine Stärkung der Schulpartnerschaft auf Bundes-, Landes- und Schulebene ist längst überfällig, damit Schule von den Betroffenen mitgestaltet werden kann. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Eine Aufwertung von Schulpartnergremien auf Schul-, Landes- und Bundesebene mit einer Verankerung des Bundes-SGAs, sowie Landes- SGAs.

Umweltschutz

Unser modernes Leben belastet die Umwelt und das Klima. Doch die Wirkung des menschlichen Tuns tritt oft verzögert zutage. Weil ein unmittelbares Ursache-Wirkung-Erlebnis fehlt, stehen sich Menschen aus der Verantwortung und handeln umweltschädlich. Es gibt viele kleine und größere Dinge, die zum Umweltschutz an Schulen beitragen. An vielen Schulen Österreichs sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, dem Klimawandel entgegenzuwirken, doch noch lange nicht an allen. Deshalb fordert die Bundesschülervertretung für alle Schulen Österreichs:

- Die Abschaffung von jeglicher Art von Plastik an Schulen
- Umweltschutz in die Lehrpläne
- Die richtige Mülltrennung in Schulen

Supportpersonal

In Österreich haben Lehrkräfte nicht nur die Aufgabe zu unterrichten, sondern sind nebenbei auch noch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher und vieles mehr. Darunter leidet die Unterrichtsqualität jedoch erheblich. Auch an Berufs- und Studienorientierung mangelt es vehement in unserem Schulsystem.

Deshalb fordert die Bundeschülervertretung:

- Mehr Supportpersonal an allen Schulstandorten.

AHS

Einführung einer flächendeckenden Modularen Oberstufe

Ein Modell, das bereits als Schulversuch an wenigen Schulen erfolgreich ist, das aber auch auf die individuellen Stärken einer jeder Schülerin und eines Schülers eingeht, gilt es flächendeckend in Österreich einzuführen. Das Modulsystem fördert Eigenverantwortung und selbstständiges Lernen. Die Schülerschaft profitiert von den individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und kann sich abseits vom Grundstoff noch mehr mit ihren Stärken und Talenten auseinandersetzen. Durch die Basismodule kann weiterhin eine sinnvolle Allgemeinbildung gewährleistet werden. Schulversuche haben in der Vergangenheit gezeigt, dass das Modulsystem auch an Kleinschulen funktioniert. Die Module sollten sowohl klassen- als auch stufenübergreifend stattfinden, um das Angebot auszuweiten.

- Eine „Modulare Oberstufe“, in der Schülerinnen und Schüler ihren Stundenplan selbst mitgestalten können und Talente tatsächlich gefördert werden.

Haushaltsökonomie und Ernährungslehre als Wahlpflichtfach an jeder AHS

Ein zentrales Defizit der AHS ist die fehlende Bildung im Bereich Finanzen und Wirtschaft. Meist kennen sich Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nicht einmal mit einfachen Wirtschaftszusammenhängen, geschweige denn Steuern aus und das stellt ein echtes Problem dar. Wir, die BSV, fordern deswegen die flächendeckende Einführung eines neuen Wahlpflichtfaches, nämlich Haushaltsökonomie und Ernährungslehre. Für dieses Fach gibt es bereits einen fertigen Lehrplan und es wird auch schon an einigen Schulen Österreichs als Pflichtgegenstand unterrichtet. Zusätzlich zur wirtschaftlichen Bildung lernen die Jugendlichen dort auch, wie man einen Haushalt führt und alles rund um das Thema Ernährungsökonomie. Das ist das ideale Rundumpaket, um einer wirklichen Allgemeinbildenden Höheren Schule einen Schritt näher zu kommen.

- Einführung eines flächendeckenden Wahlpflichtfachs mit inhaltlicher Fokussierung auf Wirtschaft und Ernährungslehre

VWA-Vorbereitungskurse vereinheitlichen

Die Vorbereitungskurse für die VWA sind ein wichtiges Hilfsmittel für Schülerinnen und Schüler beim Schreiben der Vorwissenschaftlichen Arbeit. Doch dieser Kurs ist in jeder Schule anders und das führt dazu, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Voraussetzungen haben. Da wir wollen, dass die gesamte Schülerschaft dieselben Vorbereitungen für diesen wichtigen Teil der Matura hat,

fordert die BSV eine Vereinheitlichung der VWA-Vorbereitungskurse. Das beinhaltet dieselbe Stundenanzahl an jeder Schule und einen einheitlichen Lehrplan für Lehrerinnen und Lehrer.

- Eine Mindestanzahl von Stunden oder Vereinheitlichung und Konkretisierung des „Lehrplans“ der VWA-Vorbereitungskurse

Evaluierung des Flex-Systems

Seit kurzer Zeit gibt es in Oberösterreich an AHSen, zum Beispiel dem Dachsbau Gymnasium, ein neues Zeitmodell. Dabei wird viel mehr Wert auf die Eigenverantwortung der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers gelegt, und diese somit besser auf das Leben danach vorbereitet.

- Evaluierung des Flex-Systems (Bsp. ORG Dachsbau in Oberösterreich)

BMHS

Professionelle und zeitgerechte Ausstattung für den facheinschlägigen Unterricht

Die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zeichnet eine Sache, wie der Name schon sagt, aus - die Berufsbildung. Dafür gibt es in Österreich die verschiedensten Schulformen, die verschiedene Bedürfnisse aufweisen. In der HLW wird eine funktionierende und moderne Betriebsküche benötigt, in der HTL muss die Werkstatt für den Unterricht ausgestattet sein, andere Schulen wie eine HAK oder eine BAfEP benötigen wieder eine ganz andere Einrichtung. Eine Sache hingegen benötigen alle Schulen gleichermaßen, eine professionelle und zeitgerechte Ausstattung, um einen facheinschlägigen Unterricht zu ermöglichen und eine hohe Qualität zu garantieren.

Deswegen fordert die Bundesschülervertretung:

- Eine professionelle und zeitgerechte Ausstattung für den facheinschlägigen Unterricht

Ständige Verfügbarkeit von Unterricht relevanten IT- Programmen

Im IT- Unterricht werden wir Schülerinnen und Schüler auf die Digitale Welt vorbereitet. Dabei kommt es leider immer öfter vor, dass wir nicht auf die Welt von morgen, sondern von gestern oder vorgestern vorbereitet werden, weil die neuesten IT-Programme am Schulstandort fehlen. Im Bereich der Digitalisierung, vor allem in den Schulen, in denen der IT Unterricht zur Vertiefung der Berufsbildung zählt, darf nicht gespart werden, sondern es muss kontinuierlich in

die neueste Technik investiert werden und zudem die Lehrkräfte dementsprechend ausgebildet werden.

Deswegen fordert die Bundesschülervertretung:

- Bereitstellung der neuesten Technik vor allem für den fach einschlägigen Unterricht
- Die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler, diese Programme auch außerhalb des Unterrichts zu nutzen

BS

Bundesweit einheitliche Internatsausgehzeiten

Für Schülerinnen und Schüler jeden Alters, die während der Berufsschule ein öffentliches Internat besuchen gibt es derzeit kein einheitliches Gesetz für Ausgehzeiten. Es wird meist keine Rücksicht auf das Alter der Berufsschülerinnen und Berufsschüler genommen. Vor allem volljährige Schülerinnen und Schüler kommen sich hier bevormundet und eingesperrt vor. Es wird keine Rücksicht auf das Alter der Schülerinnen und Schüler genommen, das Jugendschutzgesetz wird bei der Entscheidung über Ausgehzeiten nicht berücksichtigt. Nach dem Schultag müssen Lernzeiten eingehalten werden, die oftmals knapp oder direkt in die Nachtruhe übergehen. Es entfällt somit jegliche Zeit für Privatleben oder Freizeitaktivitäten

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Die Schaffung einer bundesweiten Rahmeninternatsordnung sowie die Ausarbeitung dieser Rahmeninternatsordnung in Zusammenarbeit mit Vertretern der Bundesschülervertretung, der Internate und des Bildungsministeriums.

Verpflichtende SGA-Sitzungen sowie Zusammenarbeit der Ausbildungspartner

Derzeit sind pro Berufsschuljahr nur 2 SGA-Sitzungen vorgesehen. Da es aber vier Turnusse pro Jahr gibt, kann es dazu kommen, dass zwei von vier Schülerinnen- und Schülervertretungen während ihrer Zeit in der Berufsschule keinen Schulgemeinschaftsausschuss einberufen können und somit kein Recht auf Mitbestimmung während ihrer Zeit in der Berufsschule haben. Jede Schülerinnen- und Schülervertretung sollte die Möglichkeit bekommen, den Schulalltag aktiv mitzugestalten und verändern zu können.

Ebenfalls wird der Ausbildungsplan ohne Miteinbezug von den Lehrbetrieben ausgearbeitet. So kommt es zu veralteten Inhalten in den Lehrplänen, die in der Praxis nicht mehr anwendbar sind. Hier sollte es den Lehrbetrieben gestattet sein,

an der Ausarbeitung des Lehrplanes aktiv mitwirken zu können, um so die duale Ausbildung und vor allem die Ausbildung während der Berufsschulzeit verbessern zu können.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Mindestens eine SGA-Sitzung pro Turnus, um jeder Schülerinnen- und Schülervertretung ein aktives Mitgestaltungsrecht zu geben
- Zusammenarbeit der Ausbildungspartner in der dualen Ausbildung, um eine betrieblich relevante und aktuelle Ausbildung zu garantieren

Bundesländerübergreifendes Ticket während der Berufsschulzeit

Viele Schülerinnen und Schüler haben einen weiten Weg bis zu ihrer Berufsschule. Dieser Weg führt für manche sogar durch ein oder mehrere Bundesländer, da es für manche Berufe nur sehr wenige Berufsschulen in ganz Österreich gibt. Für diesen Weg von und bis zur Berufsschule benutzen viele SchülerInnen das Auto oder müssen sich teure Tickets für eine lange Strecke kaufen. Für ein bundesländerübergreifendes Ticket sprechen mehrere Faktoren, einerseits der Geldfaktor, da Berufsschülerinnen und Berufsschüler ihr meist knappes Gehalt für Benzin oder Fahrkarten aufwenden müssen, andererseits der Umweltfaktor, wenn Schülerinnen und Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln statt dem eigenen Auto fahren, wird hier auch aktiv die Umwelt geschont, aber auch der Lernfaktor, da man sich im Zug oder Bus sich bereits auf kommende Prüfungen, Referate oder Schularbeiten vorbereiten kann.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Ein Österreich-Ticket während der Berufsschulzeit, um so jeder Berufsschülerin und jedem Berufsschüler eine günstige Möglichkeit zu geben, von und zur Berufsschule ab- oder anzureisen.

Klare Regelung der Berufsschülerinnen- und Berufsschülervertretung

Derzeit gibt es keine klare Definition für eine Freistellung von Schülervertreterinnen und Schülervertretern während ihrer Zeit in der Berufsschule. Man muss meist zuerst bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter anfragen, ob man eine Freistellung bekommt, um bei Veranstaltungen von LSV oder BSV teilnehmen zu können. Jedoch können die zuständigen Personen an den Schulen diese Freistellung verweigern und somit die Schülerinnen und Schüler daran hindern, sich aktiv an der Bildungspolitik zu beteiligen. Es sollten aber auch Berufsschülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, aktiv bei Landes- oder Bundesthemen mitwirken zu können.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Eine klare Definition für die Freistellung für die SV während der Zeit in der Berufsschule

- Drei Tage Freistellung vom Unterricht pro Person in der Berufsschülerinnen- und Berufsschülervertretung sowie eine aliquote Anpassung bei einer kürzeren Turnuszeit

Berufsschule ins 21. Jahrhundert bringen

Offt wird in der Berufsschule noch Technik benutzt, die nicht mehr dem Standard der Industrie entspricht und damit nicht mehr zeitgemäß ist und auch nicht im Lehrbetrieb verwendet wird. Ebenso ist es mit der Ausstattung: In jeder Klasse sollte es einen Beamer und frei zugängliches W-Lan geben und Berufsschülerinnen und Berufsschülern muss es gestattet sein, auch ihre eigenen Geräte verwenden zu dürfen, um so im Unterricht mitarbeiten zu können. Meist wird dies aber von Lehrerinnen und Lehrern verweigert, obwohl viele Schülerinnen und Schüler auf ihrem eigenen Gerät mitschreiben wollen, um von dort aus zu lernen. Hier sollte die Möglichkeit gegeben sein, die Berufsschule ins 21. Jahrhundert zu bringen und nicht mehr nur auf Stift und Papier zu setzen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Einen Beamer in jeder Klasse, um verstärkt auf Online-Inhalte setzen zu können, aber auch zeitgerechte Lernunterlagen zur Verfügung stellen zu können.
- Frei zugängliches W-LAN in jeder Klasse, um zu gewährleisten, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit hat, mit seinem eigenen Gerät mitarbeiten zu können.
- Veraltete Technik und Ausstattung an den industriellen Standard anpassen

ZLA

Der Anspruch an die Arbeitskräfte im technischen und im landwirtschaftlichen Umfeld nimmt in Österreich laufend zu. Deshalb wird es zunehmend wichtiger, ein umfassendes Ausbildungsangebot in diesem Umfeld sicherzustellen. Dieses Ausbildungsangebot wird momentan durch die, in Österreich existenten, Zentrallehranstalten gewährleistet. In den vergangenen Jahren hat sich diese Bildungsinfrastruktur jedoch leider in die falsche Richtung entwickelt, weswegen – für unser Land essentielle – Ausbildungsplätze verloren gegangen sind.

Schulstandorte und Schulplätze

Da der ZLA-Bereich in zwei Bereiche unterteilt wird, gibt es hier völlig verschiedene Probleme, die auf unterschiedliche Art gelöst werden müssen.

Die Anmeldezahlen im TGLA-Bereich steigen von Jahr zu Jahr. Immer mehr Jugendliche interessieren sich für Technik, Design, Wissenschaft und Wirtschaft.

Doch egal wie viele Anmeldungen es gibt, die Schulen haben nicht unbegrenzt Platz und so müssen Schüler abgelehnt werden (oder: muss manchen Schülern der Schulbesuch verweigert werden). Ob mit Hilfe eines Aufnahmetests oder anhand der Noten aussortiert wird, ist an jedem Schulstandort individuell geregelt, doch ein Schulplatz kann nicht doppelt oder sogar dreifach besetzt werden. Allerdings ist die Nachfrage von Seiten der Industrie und der Jugendlichen groß und die Schulen stehen unter enormem Druck. Um möglichst vielen Schülern einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, wird die Klassengröße auf das Maximum erhöht, was wiederum das Arbeitsklima verschlechtert und dem Lernerfolg schadet.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Erhaltung und Ausbau der bestehenden Schulstandorte im TGLA-Bereich
- Erhaltung und Aufstockung der Schulplätze im TGLA-Bereich

Der LFLA-Bereich kämpft wiederum mit dem genau umgekehrten Problem. Die Land- und Forstwirtschaft wird immer unbekannter und durch mangelnde Aufklärung auch unattraktiver für junge Menschen. Die Anmeldezahlen werden von Jahr zu Jahr weniger, was dazu führt, dass die Klassen immer kleiner, in weiterer Folge zusammengelegt oder im Extremfall sogar Schulstandorte geschlossen werden. Doch jeder einzelne Schulstandort ist wichtig, da es keine Fachrichtung zweimal gibt.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Erhaltung der bestehenden Schulstandorte im LFLA Bereich
- Erhaltung und Aufstockung der Schulplätze im LFLA Bereich

Internat

19 Schulen. So viele ZLA's gibt es in ganz Österreich. So nah zu wohnen, dass man einen täglich überwindbaren Schulweg hat, ist also schier unmöglich. Da die Schüler nicht jeden Tag unzählige Stunden hin und her pendeln wollen und können, gibt es die Möglichkeit des Internates. Doch in diesem ist gesundes und hochwertiges Essen oftmals Mangelware und auch für ausreichend Freizeit Beschäftigung ist meist nicht gesorgt.

Deswegen fordert die Bundesschülervertretung:

- Einführung und Ausbau von fachunabhängig als auch -spezifisch Freifächern
- Gesundes und abwechslungsreiches Essen, auf Anfrage auch eine vegetarische und glutenfreie Alternativen

Steigerung des Bekanntheitsgrads und Aufwertung des Images

Ein wesentlicher Grund für die fallenden Anmeldezahlen im LFLA-Bereich ist der Bekanntheitsgrad. Während der TGLA Bereich – genauso wie die restlichen Schultypen – ein Selbstläufer ist, trifft das auf die LFLA's leider nicht mehr zu. Jugendliche sind schlecht und vor allem zu wenig, über die möglichen Ausbildungswege im ZLA Bereich und die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt informiert. Da viele Jugendliche und deren Eltern ein vollkommen falsches Bild von der Ausbildung im Bereich der LFLA's haben, wird diese von den meisten als unattraktiv und veraltet angesehen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- Broschüren zur Information über ZLA's
- und das Ausschicken und Aushängen in den 7. und 8. Schulstufen
- Einen Image-Film über LFLA's, um einen Einblick in die Ausbildung und die Berufsmöglichkeiten nach dem Abschluss zu gewähren

Anpassung der Lehrpläne

Der ZLA Bereich bildet im technischen und im landwirtschaftlichen Umfeld die Arbeitskräfte von morgen aus. Die Nachfrage von Seiten der Industrie steigt, doch wie sollen sich Schüler in der, sich immer weiterwirkenden Arbeitswelt zurechtfinden, wenn im Unterricht veraltete und längst überholte Programme, Techniken und Maschinen gelehrt und verwendet werden? Die Qualität und das Wissen der fertig ausgebildeten Schüler sollte steigen und nicht fallen. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, die Lehrpläne auf den neusten Stand zu bringen, denn wie sollen wir in die Arbeitswelt von morgen einsteigen, wenn unsere Lehrpläne und unser angeeignetes Wissen von gestern sind?

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- auf die zukünftige Arbeitswelt angepasste Lehrpläne
- das Einbinden von aktuellen Programmen, Maschinen, Arbeitsweisen und Techniken im Unterricht